

Spektrum

ZUSAMMENGESTELLT VON
JOHANNES THOMAS

Die „exception française“ – Außenpolitik ohne Parlament

Die Debatte um die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im französischen Parlament bot eine gute Gelegenheit für den deutschen Beobachter, sich die Unterschiede zwischen den Regierungssystemen beider Länder klar zu machen. Das Parlament hatte nicht das Recht, über die Türkeifrage eine Abstimmung herbeizuführen. Dazu hätte es eine entsprechende Vorlage der Regierung geben müssen. Die aber hat die Regierung Raffarin verweigert, indem sie sich unter anderem auf die Verfassung der V. Republik berief. Jean-Pierre Raffarin zitierte in der „Assemblée nationale“ den Artikel 88-4, um seine rechtlichen Bedenken zu untermauern. Dort ist in der Tat zunächst nur davon die Rede, dass die Regierung dem Senat und der Nationalversammlung europäische Entscheidungen vorzulegen hat, die gesetzgeberische Maßnahmen mit sich bringen. Das ist im Fall der Entscheidung für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei natürlich nicht der Fall, wie Raffarin betonte. Allerdings hatte er den zweiten Teil des zitierten Artikels unterschlagen, in dem es heißt, dass er dem Parlament auch alle anderen Projekte und Entscheidungen der EU zwecks Abgabe eines Votums vorlegen kann. Das war jedoch nicht gewollt, denn

wenn auch ein solches Votum für den Staatspräsidenten nicht bindend wäre, so würde sein Wort doch dadurch an Gewicht verlieren („Le Monde“, 13.10.2004).

Achse Paris–Peking

Eine weitere „exception“ kann man in der französischen Außenpolitik und ihrer medialen Kommentierung erkennen. Anders als in Deutschland, wo der Begriff der „Achse“ leicht Assoziationen an die unseligen Zeiten der Achsenmächte provozieren kann, hat man in Paris eine Vorliebe für den Begriff der „Achse“ zur Bezeichnung einer besonders engen bilateralen Kooperation. So titelte etwa nach der Beschwörung einer „Achse Paris–Moskau“ (siehe DOKUMENTE 4/2003) „Le Monde“ am 12. Oktober 2004 in einem Bericht auf der ersten Seite zur jüngsten Peking-Reise des Staatspräsidenten, die vor allem dem Verkauf von Produkten der französischen Großindustrie diene (Airbus, Alstom usw.): „Jacques Chirac mise sur l’axe Paris-Pékin“. Die sich auf die nationale Sicht beschränkende Interpretation von „Le Monde“ war immerhin korrekter als die offizielle Version, nach der es dem französischen Staatspräsidenten bei seiner Asienreise darum gegangen sei, Europa gegen Amerika als Hauptpartner Asiens zu etablieren („Le Monde“, 13.10.2004). „Europa“ hatte Chirac keineswegs offiziell dazu ermächtigt, in seinem Namen laut genanntem Artikel antiamerikanische Propaganda in Asien zu betreiben. Aber auch der „Le Monde“-Titel war realitätsfremd. Wie der CNRS-Forschungsdirektor und China-Experte Jean-Pierre Cabestan feststellte („Le Monde“, 13.10.2004), machen die französischen Exporte nach China nur 1,2 Prozent von dessen Gesamtimport aus; außerdem erscheine es wenig sinnvoll, mit China gegen die USA operieren zu wollen. Schließlich sitze man kulturell und politisch mit denen und nicht mit den Chinesen im selben Boot. Deshalb sei es auch grundfalsch, gegenüber China in Fragen der Grundwerte

um eines schnellen Profits willen beide Augen zuzudrücken. Es sei doch bemerkenswert, dass die meisten chinesischen Dissidenten auf Druck der Amerikaner, nicht wegen Schmeicheleien der Europäer in die Freiheit entlassen worden seien. Und schließlich solle man sich nicht länger derart maßlos überschätzen. In Peking wisse man sehr genau, dass der Schlüssel zur Lösung der internationalen Probleme des Landes in Washington, vielleicht auch in Tokio liege, nicht aber in Paris oder Brüssel.

Ein Élysée-Vertrag mit Algerien

50 Jahre nach dem Kriegsausbruch in Algerien, das sich in blutigen Kämpfen von seiner ehemaligen Kolonialmacht befreien und 1962 seine Unabhängigkeit erhalten sollte, bemüht sich Staatspräsident Chirac mit größtem Nachdruck um eine Wiederannäherung von Paris und Alger. Seit seinem Algerienbesuch im März dieses Jahres folgten in immer schnellerem Rhythmus gegenseitige Besuche von Regierungsmitgliedern beider Länder. Die Feiern zur Landung der Alliierten in der Provence vor 60 Jahren, als Soldaten aus dem Maghreb eine erstaunte französische Bevölkerung befreiten, lieferten weitere Anlässe für die freundschaftliche Annäherung. So wurde die Stadt Alger wegen der Verdienste um die Befreiung Frankreichs mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Der algerische Präsident Bouteflika kam sogar in den Genuss einer Einladung in das Fort von Bregançon, einer offiziellen Residenz des Staatspräsidenten, in die zuvor noch kein ausländischer Regierungschef eingeladen worden war. Inzwischen hat Chirac einen Freundschaftspakt mit Algerien für 2005 angekündigt, der nach dem Muster des Élysée-Vertrags gestaltet sein soll. Er soll die „Achse“ Paris-Alger, die es offenbar schon gibt, verstärken und ihr eine ähnliche Motor-Funktion im Maghreb zukommen lassen, wie sie die deutsch-französische Zusammenarbeit für Europa gehabt habe.

Im Élysée-Palast spricht man in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit, angesichts der Verlagerung der EU nach Osten die „euro-maghrebische Achse“ zu stärken. Mit „euro-“ ist, wie oft in französischen Verlautbarungen, natürlich „franco-“ gemeint. Die konkreten Gründe, die für die Wiederannäherung an erster Stelle genannt werden, betreffen denn auch sämtlich das Hexagon: So hofft Paris, durch die engere Kooperation mit Algerien die Integration der in Frankreich lebenden Algerier beziehungsweise der algerischstämmigen Franzosen zu erleichtern. Vor allem aber richtet sich das Interesse auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Algerien französischen Unternehmen offeriert. Das nordafrikanische Land verfügt dank seiner Gas- und Erdölexporter einerseits über gewaltige finanzielle Reserven – es dürfte in den nächsten zehn Jahren 50 bis 70 Milliarden Dollar aus diesen Quellen ziehen –, leidet aber zugleich unter einer höchst unterentwickelten Infrastruktur. Hier steht die französische Industrie in den Startlöchern. So könnte nun dank neuer Freundschaft der Auftrag über den Bau von rund einer Million neuer Wohnungen, über den schon ein heftiger Wettstreit zwischen einem französischen und einem chinesischen Anbieter entflammt war, zugunsten des französischen Anbieters entschieden werden. Dann ist auch das gesamte Wasserversorgungssystem zu erneuern oder auszubauen, ebenfalls das Straßennetz. Schließlich setzt Frankreich angesichts einer sehr jungen Bevölkerung – etwa 30 Prozent der Bevölkerung ist jünger als 14 Jahre – auf Algerien als einen dynamisch wachsenden Absatzmarkt, der jetzt schon zu einem Viertel von Frankreich beliefert wird. Nur die kommunistische Partei PCF mahnt eine bisher ausgebliebene Geste der Entschuldigung für die von der französischen Armee in Algerien verübten Kriegsverbrechen an und warnt vor einer „wirtschaftlichen Eroberung im kolonialen Geiste“ („Le Monde“, 31.10./1.11.2004).